TRIBUN





DEZEMBER 2022

CGSP - AZÖD

FGTB ÖFFENTLICHER DIENST

Gemeinsam stark

DOSSIER : P. 4-7 UNSERE ANTWORTEN AN DIE UWE





WENGER DIVIDENDE MEHR GEHALT



EDITORIAL S. 3
Die Wahrheit ist ein revolutionärer Akt



IRW KONFERENZ S. 10 Corinne MOREL DARLEUX



UNSERE WORTE S. 13
Die Lohnmarge

INHALTSVERZEICHNIS ...

3 EDITORIAL

Das Aussprechen der Wahrheit ist eine revolutionäre Tat

4 DOSSIER

Der Handlungsspielraum der öffentlichen Hand in der Wallonie: Unsere Antwort an die UWE

8 SEXISMUS

Sexismus ist nicht witzig!

9 PENSIONEN

Pension wegen körperlicher Unfähigkeit: Fake News

10 IRW KONFERENZ

Grüner Kapitalismus: Nicht die Farbe ist das Problem

12 KULTUR

Das Künstlerstatut

13 DIE WORTE, UM ES AUSZUDRÜCKEN

Die Lohnmarge

14 KULTUR

Ein Buch als Geschenkidee!









EDITORIAL ...

"IN ZEITEN DER UNIVERSELLEN TÄUSCHUNG WIRD DAS AUSSPRECHEN DER WAHRHEIT ZUR REVOLUTIONÄREN TAT"

(G.ORWELL)

Wenn - wie das bekannte Sprichwort besagt "Schweigen Gold ist", dann kann der Einsatz von Sprache wie eine schreckliche Waffe sein.

Das Aussprechen von Worten ist in der Tat wichtig. Mit Worten denken wir, verfeinern wir unsere Ideen und konfrontieren sie, wenn erforderlich, mit anderen. Wenn man so richtig darüber nachdenkt, entscheiden wir auf der Grundlage von Worten, ob wir handeln oder nicht.

Die Verwendung eines falschen Begriffs kann daher eine Analyse verzerren und unsere Vorstellung von der Welt verändern.

So ist die Umwandlung der Begriffe "Sozialpartner" in "Partner", von "Tarifverhandlungen" in "Dialoge" oder "Arbeitnehmer" in "Mitarbeiter" aus ideologischer Sicht betrachtet nicht neutral. Im Gegenteil, es ist Ausdruck des Wunsches, die Bedeutung des Kräfteverhältnisses totzuschweigen und so die konfliktbehaftete Natur des gesellschaftlichen Lebens zugunsten des Bildes einer Welt, in der wir alle im selben Boot sitzen, zu verdrängen.

Vor kurzem bedauerte der Verwaltungsratsvorsitzende des wallonischen Unternehmensverbands in einer Sendung der RTBF die Unumkehrbarkeit der Indexierung. Der Chef der wallonischen Arbeitgeber klagte, dass die einmal erworbene Lohnindexierung auch dann beibehalten würde, wenn die Inflation zurückginge.

MANIPULATION ODER FEHLER?

Diese Behauptung scheint auf den ersten Blick von einer gewissen Logik geprägt zu sein (die wir jedoch nicht teilen). Sie ist jedoch völlig falsch und würde einem Wirtschaftsstudenten im ersten Jahr eine glatte Null bescheren.

Um es richtig zu verstehen, fangen wir am Anfang an. Zunächst einmal gilt es zu klären, was Inflation ist. Klassischerweise wird Inflation als Anstieg des allgemeinen Preisniveaus definiert, was zu einer Verringerung der Kaufkraft insbesondere der Haushalte führt.

Inflation hat also immer einen Preisanstieg zur Folge.

Sicherlich gibt es Zeiten, in denen die Inflation aus verschiedenen Gründen als rasant bezeichnet wird. In diesem Fall kommt es zu einem sehr schnellen Preisanstieg. Dies ist typischerweise die Situation, die wir derzeit erleben.

Um diesem Kaufkraftverlust entgegenzuwirken, gibt es in Belgien ein System der automatischen Indexierung der Löhne und Gehälter, dessen Ziel darin besteht, den Preisanstieg teilweise auszugleichen. Entgegen mancher Behauptungen ist die Indexierung also kein Mechanismus zur Anhebung der Bezüge, sondern ein Mittel zum Erhalt der Kaufkraft.

Die Darstellung des UWE-Vertreters ist daher irreführend, da sie den Eindruck erweckt, dass ein Rückgang der Inflation mit fallenden Preisen einhergehen würde. Das ist nicht der Fall, sie würde nur bedeuten, dass die Preise weniger schnell steigen. Das ist etwas völlig anderes.

Nehmen wir zur Veranschaulichung ein Beispiel und stellen uns ein Auto vor, das auf der Autobahn fährt. Wenn der Fahrer das Tempo verlangsamt (die Geschwindigkeit drosselt), fährt das Auto weiter. Es fährt zwar langsamer, aber es fährt dennoch weiter.

Dasselbe gilt für die Inflation, wobei die Inflation, vereinfacht dargestellt, nur ein Maß für die Geschwindigkeit ist, mit der die Preise steigen. In Zeiten niedrigerer Inflation werden die Preise also weiter steigen.

Obwohl die Aussage der UWE völlig falsch ist, hat sie zumindest zwei Verdienste.

Zunächst erinnert es uns an die Verpflichtung, dass die Linke sich eines kohärenten und mobilisierenden Diskurses bedienen sollte. Ein Diskurs, der imstande ist, ein Kräfteverhältnis zu schaffen und eine fundierte Kritik am kapitalistischen Ausbeutungssystem zu formulieren.

Das zweite Verdienst besteht nicht zuletzt darin, dass wir erneut darauf hinweisen müssen, dass die Arbeitgeber nicht davon ablassen, die automatische Indexierung der Löhne und Gehälter in Frage zu stellen.

Angesichts dieser beiden Feststellungen müssen wir immer wieder betonen, dass die Entlohnung kein Kostenposten ist, sondern ein sozioökonomisches Recht, das uns Arbeitnehmer als Produzenten von Reichtum anerkennt. Die bevorstehende Mobilisierung muss sich daher ausschließlich auf das Thema Entlohnung fokussieren.

Die Beibehaltung und Verbesserung der Indexierung sowie die Anhebung der Bruttogehälter sind natürlich eine Antwort auf die Kaufkraftkrise, aber grundlegend sind sie das einzige Mittel, das eine bessere Umverteilung des Wohlstands gewährleistet. Und genau aus diesem Grund wollen manche nichts davon hören!

Patrick LEBRUN, Generalsekretär, IRW-CGSP

Laurent PIRNAY, Stellvertretender Generalsekretär IRW-CGSP

DOSSIER **•••**

HANDLUNGSSPIELRAUM DER ÖFFENTLICHEN HAND IN DER WALLONIE: UNSERE ANTWORTEN AN DIE UWE

Am 4. Oktober hat die Union wallonne des Entreprises (UWE) ihre Empfehlungen für den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand in der Wallonie vorgestellt. Der Verband wehrt sich zwar gegen jeglichen "Angriff auf den öffentlichen Dienst", doch der Text enthält die schlimmsten in diesem Zusammenhang bestehenden Empfehlungen.

Da die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei allen durch den Neoliberalismus verursachten Krisen an vorderster Front stehen, ist ihnen bewusst, dass der Schwerpunkt ihrer Aufgaben das Allgemeinwohl ist.

Im Oktober hat die Union Wallonne des Entreprises (UWE) die Region mit einem Positionspapier beehrt, in dem sie ihre Vision zum Handlungsspielraum der öffentlichen Hand in der Wallonie darstellt¹. Der Untertitel des Papiers gibt gleich zu Beginn den Ton an: "Kosten, Umfang und Verwaltung", und zwar in dieser Reihenfolge, d. h. was kostet der öffentliche Dienst (nach Ansicht der UWE zwangsläufig zu viel), wie kann man dessen Umfang reduzieren (die bekannte Zielvorgabe) und wie kann man den öffentlichen Dienst organisieren (natürlich auf der Grundlage des privatwirtschaftlichen Modells).

Auf den ersten Blick sieht das Dokument gut aus: 48 Seiten mit Text, Tabellen und Grafiken sowie einem übersichtlichen und farbenfrohen Layout. Man merkt, dass sich die UWE als ein Akteur positionieren will, der sich gründlich

mit dem Thema auseinandersetzt. Doch der Schein trügt, und man merkt schnell, dass der Inhalt bei weitem nicht so solide strukturiert ist, wie das Format vermuten lässt. Das UWE-Dokument gleicht eher einem Pamphlet als einer gründlichen Analyse. Es enthält ideologische Überlegungen, unsinnige Behauptungen, Verdrehungen der Realität usw. Es gibt zahlreiche Verzerrungen in der Beweisführung.

Es folgen ein kurzer Überblick sowie die Antworten der Gewerkschaftsorganisationen.

starke Stellung belegt und dass ihr Umfang neu definiert werden sollte. Dabei scheint es nicht erforderlich zu sein, die Stellung, die Rolle oder den Beitrag der öffentlichen Hand zum nationalen Wohlstand (siehe *unten*) zu thematisieren, nein, es reicht der UWE, von vornherein und auf entschiedene Weise festzustellen, dass dieser öffentliche Handlungsspielraum zu groß ist. Das ist als Beweisführung alles andere als wissenschaftlich.

Von den ersten Zeilen an wird schnell klar, dass in den Augen der Union Wallonne des Entreprises (UWE) die Wurzel allen Übels in der Wallonischen Region, die hier ins Visier genommen wird, die Beschäftigung im öffentlichen Dienst ist, die laut der wallonischen Arbeitgeber zu hoch ist. Die UWE stellt fest, dass 36 % der Beschäftigung in der Wallonie auf den öffentlichen Dienst entfallen, und

erklärt mit der Begründung, dass "die wirtschaftliche Aktivität in Wallonien nicht ausreicht, um diese Tatsache zu finanzieren "dies sei zu viel. Ausgehend von dieser Feststellung analysiert die UWE, wie ein "geordneter Staatsapparat" aussehen sollte, und schlägt vor, " in der Wallonie den Staat wieder auf seinem richtigen Platz zu zentrieren" (sic!).

FALSCHE HYPOTHESE

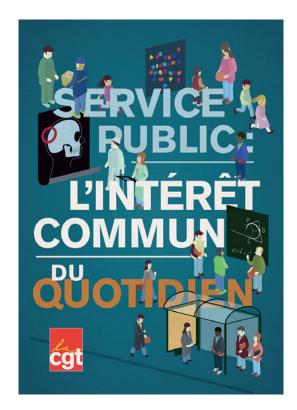
Gleich zu Beginn kündigt die UWE an, dass dieses Dokument "in keiner Weise eine Infragestellung der Bedeutung der regionalen öffentlichen Dienste" darstelle. Na, dann sind wir ja alle beruhigt. Insbesondere da das Papier den Umfang des öffentlichen Dienstes in der Wallonie thematisiert und die Beweisführung umkehrt...

Die UWE geht nämlich von der (vorgefassten) Feststellung aus, dass die öffentliche Hand in der Wallonie eine zu

ES GEHT UM KULTUR UND POLITIK

Es handelt sich hierbei um eine wahrhaftig politische und kulturelle Herausforderung, die sich auf das Verständnis von staatlichem Handeln und der Rolle des Staates bezieht. Da es angesichts der Wirtschaftslage politisch unmöglich ist, die öffentlichen Ausgaben strukturell zu senken, will die UWE auf der konzeptionellen Ebene ansetzen, indem sie die Einschätzung von Bürgern und Unternehmen darüber, was sie als "Teil und Funktion des Staates" zu betrachten bereit sind, neu konfiguriert. Man könnte fast meinen, dass sie ganz bewusst auf der Welle der Wut von Einzelhändlern und Kleinunternehmern über die Ohnmacht des Staates reiten. Von dieser Wut werden die Hauptbegünstigten der UWE-Argumente - die Groß-

^{1.} Verfügbar unter https://www.uwe.be/quel-perimetre-pour-laction-publique-en-wallonie-position-paper-de-luwe, Oktober 2022.



unternehmen - genüsslich profitieren, während die kleinen und mittleren Unternehmen die Hauptleidtragenden einer Verringerung des staatlichen Handlungsumfangs sein werden.

Der Ausgangspunkt ist nicht die Frage, ob öffentliches Handeln finanziell tragbar ist, sondern was man kollektiv organisieren will, um dieses allen (Bürgern, Bürgerinnen und Unternehmen) zugänglich zu machen. Eine zugegebenermaßen einfache Überlegung, die eindeutig eine Frage der Kultur ist: Was wollen wir staatlich und damit kollektiv organisieren?

Während die gesamte Kritik auf dem "angeblichen" Mangel an Mitteln der Region beruht, der es ihr unmöglich macht, das Volumen an staatlichen Arbeitsplätzen zu bewältigen, ist es erstaunlich festzustellen, dass die wallonischen Arbeitgeber vorschlagen, das Kapitel Besteuerung von vornherein beiseite zu schieben, unter dem Vorwand, der Druck auf Unternehmen und Bürger würde "astronomische Ausmaße" erreichen (ein Begriff ohne Aussagekraft...).

Nicht das "Gewicht" der Steuern im Verhältnis zum BIP muss analysiert werden, sondern die Ungleichheit des Steuersystems, die den Großteil der Steuern auf die niedrigsten Einkommen abwälzt und einer immer weniger progressiven Besteuerung den Vorrang einräumt.

VOM NATIONALEN REICHTUM

Die Beweisführung ist falsch herum formuliert. Die UWE verläuft sich in der Vorstellung, dass die Schaffung von Wohlstand (ausschließlich) auf privatwirtschaftliches Handeln zurückzuführen ist und dass dieser Reichtum von der öffentlichen Hand für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen abgeschöpft (angezapft) wird. Nichts ist falscher und voreingenommener!

Was die UWE in ihrer Analyse vergisst, ist der Beitrag der öffentlichen Beschäftigung zum nationalen Wohlstand. Die öffentlichen Ausgaben, mit denen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vergütet werden, sind keine Beträge, die der Privatwirtschaft entnommen werden, um angeblich unproduktive Beamte zu finanzieren, wie viele Wirtschaftswissenschaftler und Politiker und auch die UWE unterstellen. Ein Beamter trägt unabhängig von seiner Beschäftigung – als Feuerwehrmann, Lehrkraft, Krankenpfleger, Eisenbahner, Verwaltungsbeamter... zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Seine Arbeit ist nicht nur nützlich für die Gesellschaft, sondern schöpft auch Reichtum. Die Vereinten Nationen (UN) erkennen in einem internationalen Übereinkommen, in dem die Regeln für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung festlegt werden, an, dass öffentliche Bedienstete produktiv sind.

Die doppelte Besonderheit ihrer produktiven Tätigkeit liegt darin, dass sie einerseits nicht gewerblich und andererseits kostenlos zugänglich ist. Dennoch wird diese Tätigkeit nicht kostenlos produziert, diese Kosten werden über Steuern gedeckt: Es handelt sich um einen sozialisierten Preis.

WELCHER MEHRWERT?

Bei den regelmäßigen Aufrufen zum Stellenabbau im öffentlichen Dienst wird die Beschäftigung im öffentlichen Dienst in Wirklichkeit nur als (meist überhöhter) Kostenfaktor betrachtet, aber es wird nie erwähnt, dass sie einen entscheidenden Beitrag zum nationalen Wohlstand und zum Wachstum leistet. Ganz zu schweigen davon, dass die Beschäftigung im öffentlichen Dienst aufgrund der Art der Tätigkeiten dazu beiträgt, eine Vielzahl von Gütern und Dienstleistungen allen Bürgern zugänglich zu machen (allgemeine Verwaltung, Verteidigung und Sicherheit, Bildung, Kultur, Gesundheit, Wohnungsbau, öffentlicher Verkehr usw.).

Die von der UWE bereitgestellten Daten sprechen für sich: Die öffentlichen Verwaltungen in Wallonien "erwirtschafteten 2020 fast 22 % der regionalen Wertschöpfung". Der Arbeitgeberverband bemüht auf dieser Grundlage einen Vergleich mit zwei anderen Regionen: Frankreich (mit einem ähnlichen Anteil) und die Flämische Region (mit weniger als 15 %). Ohne weitere Erklärung wird die Wertschöpfung durch flämische Unternehmen als günstiger dargestellt. Obwohl dabei bewusst die spezifische Natur der Wertschöpfung durch staatlich Beschäftigte für alle Bürger (und nicht nur für diejenigen, die es sich leisten können, Produkte von Unternehmen zu kaufen) unerwähnt bleibt.

EINE FRAGE DER DEFINITION

Bei jeder Analyse der "Beschäftigung im öffentlichen Dienst" steht man vor der großen Schwierigkeit, deren Umrisse klar zu definieren. Denn der Umfang der Beschäftigung im öffentlichen Dienst kann je nach der Definition, die man zu ihrer Analyse heranzieht, mehr oder weniger weit gefasst sein (und woher stammen eigentlich die vorgelegten Daten, auf der Grundlage welcher Methodik wurden sie ermittelt)? Wird nur der öffentliche Dienst erfasst? Bezieht man nur jene Beschäftigte mit ein, die einen Beamtenstatus haben? Natürlich ist das nicht der Fall! Zu den Beschäftigten im öffentlichen Sektor, die in der UWE-Studie Berücksichtigung findet, zählen sowohl statutarische Beamte als auch Vertragsbedienstete.

Den Daten des IWEPS zufolge ist in der Wallonischen Region die Beschäftigungsrate beim Öffentlichen Dienst der Wallonie (ÖDW) dem größten öffentlichen Arbeitgeber (ca. 10.000 Bedienstete), in den letzten zehn Jahren weitgehend stabil geblieben. In den wallonischen Einrichtungen öffentlichen Interesses (OIP) ist die Beschäftigung in einigen spezifischen Einrichtungen im Zeitraum 2005-2018 gestiegen. In der Fédération Wallonie-Bruxelles, FWB, stieg die Zahl der Beschäftigten im Ministerium zwischen 2012 und 2018 um 18 %, was hauptsächlich auf die Umsetzung der sechsten Staatsreform zurückzuführen ist, durch die die Justizhäuser in den Zuständigkeitsbereich der FWB fielen. Was jedoch steigt, ist die Zahl der Vertragsbediensteten - zum Nachteil der Beamten!

WÄCHST DIE BESCHÄFTIGUNG IM ÖFFENTLI-CHEN DIENST ZU STARK?

Die Tabelle 1, die von Seite 9 des UWE-Positionspapiers übernommen wurde, ist aufschlussreich. Auf ihrer Grundlage erlaubt sich die UWE zu behaupten, es gebe zu viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Doch mit denselben Daten kann man auch zum Ausdruck bringen, dass das

Wachstum der öffentlichen Beschäftigung in Wallonien geringer ist als anderswo.

Zwar wächst die Beschäftigung im öffentlichen Dienst, aber sie steigt langsamer an als die Gesamtbeschäftigung; Dies bedeutet, dass der Anteil der öffentlichen Beschäftigungsrate an der inländischen Beschäftigungsrate zurückgeht.

Mit anderen Worten: Betrachtet man die Entwicklung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst in Zahlen (Ökonomen würden sagen, in Nominalwerten), so ist zwischen 2005 und 2020 ein Anstieg zu verzeichnen. Es gilt die Feststellung, dass dieser Anstieg in der Wallonie am geringsten ist (11,1 %, während der nationale Durchschnitt bei 13,6 % liegt).

Gleichzeitig wächst die inländische (Gesamt-)Beschäftigung jedoch schneller. Das bedeutet, dass der Anteil der Beschäftigung in der öffentlichen Hand rückläufig ist (hier spricht man von einem relativen Wert).

Und im regionalen Vergleich hebt sich eher Flandern (mit 14,5 %) ab, wenn man davon ausgeht, dass der OECD-Durchschnitt des Anteils der öffentlichen Beschäftigung an der Inlandsbeschäftigung im Jahr 2019 bei 18 % liegt. Überraschenderweise scheinen die Verfasser des UWE-Papiers nicht zu wissen, dass der höhere Anteil der öffentlichen Beschäftigung in Wallonien auch auf die starke Stellung des privaten, nicht-gewerblichen Krankenhaussektors in Flandern zurückzuführen ist. Denn wenn man diesen verschiedenen Aspekten Rechnung trägt, sind die Vergleiche weit weniger markant als die Schlagzeilen, die daraus gemacht wurden: 0,13 öffentliche Arbeitsplätze pro Einwohner in Wallonien gegenüber... 0,12 in Flandern!

TABLEAU 1 | L'emploi dans les administrations publiques

	2005	2010	2015	2020	2005-2020 (%)
		Administra	tions publiques		
Belgique	796.244	850.085	869.994	904.268	13,6%
Bruxelles	171.046	183.854	193.424	193.424 203.765	
Flandre	370.868	398.695	406.927	418.366	12,8%
Wallonie	251.678	264.702	267.065	279.573	11,1%
		Emplo	i intérieur		
Belgique	4.273.258	4.492.992	4.617.344	4.894.422	14,5%
Bruxelles	659.539	678.263	692.134	710.501	7,7%
Flandre	2.466.046	2.603.313	2.689.338	2.884.446	17,0%
Wallonie	1.145.021	1.208.582	1.233.294	1.296.911	13,3%
	Part	de l'emploi public d	ans l'emploi intérieu	ır (en %)	
Belgique	18,6%	18,9%	18,8%	18,5%	
Bruxelles	25,9%	27,1%	27,9%	28,7%	
Flandre	15,0%	15,3%	15,1%	14,5%	
Wallonie	22,0%	21,9%	21,7%	21,6%	

Source : ICN (Comptes régionaux)



TATSÄCHLICHE AUSGABEN?

Die Debatte über die Höhe der staatlichen Ausgaben wird häufig genutzt, um das Bild einer übermäßig spendablen öffentlichen Hand zu vermitteln, die somit in der Privatwirtschaft, die mit allen Vorteilen ausgestattet ist, darunter auch die Schaffung von Wohlstand, schmarotzt oder diese gar ausbremst. Wenn man von öffentlichen Ausgaben spricht, warum sollte man dann nicht auch die Staatsverschuldung als Ausgabe mit einbeziehen?

Ebenso unredlich ist es, den Anteil der Ausgaben am BIP zu vergleichen. Wie bereits erwähnt, tragen die Staatsausgaben im engeren Sinne zu einem Fünftel des erwirtschafteten Wohlstands bei. Wir wiederholen erneut: Sie sind keine Abschöpfung des durch Andere produzierten Wohlstands. Die einzige Frage ist, wer in der öffentlichen Hand oder im Privatsektor welche Aufgabe erfüllen soll. Und das ist eine politische Entscheidung, die auf Werten basiert und Gegenstand demokratischer Diskussionen sein muss.

Und dann wäre da noch die intellektuelle Unehrlichkeit, die darin besteht, die öffentliche Hand für den Anstieg der Schulden verantwortlich zu machen, ohne die Milliardenhilfen für Unternehmen oder Banken und die Bedeutung dieser Ausgaben bei der Bewältigung von Krisen, gesundheitlicher, ökologischer oder sozialer Art, zu erwähnen? Es sind nicht die privaten Ausgaben, die zum Beispiel versuchen, die Kaufkraft der Bevölkerung zu unterstützen!

DAS ARGUMENT DER INEFFIZIENZ

Die Ineffizienz der Beschäftigung im öffentlichen Dienst oder im weiteren Sinne die Ineffizienz der öffentlichen Ausgaben anprangern, heißt auch, allzu schnell die Rolle vergessen, die die öffentliche Hand beim Auffangen der vielen Krisen gespielt hat. Es herrscht Bestürzung, wenn man hört, der Privatsektor sei so viel effizienter als der öffentliche Sektor... Dies ist eine vorgebliche Überlegenheit, die schon so oft im Zuge aufeinanderfolgender Krisen des kapitalistischen Systems widerlegt wurde. Welch Verdrossenheit angesichts der konstanten Verunglimpfung der öffentlichen Einrichtungen!

Die UWE scheint auch die herausragende wirtschaftliche Rolle des Handlungsspielraums des öffentlichen Dienstes zu vergessen, sei es in Form von Unterstützung der Unternehmen und der Bevölkerung oder durch ihre Ausgaben, die 25% des Wachstums ausmachen. Indem man das Image der öffentlichen Dienste schlecht macht, insbesondere durch den nachweislichen Mangel an öffentlichen Investitionen, stärkt man die Vorstellung ihrer Ineffizienz. Wird diese Strategie kombiniert mit dem Hervorheben einer vermeintlichen Dynamik, die einzig und allein auf Privatunternehmen zurückzuführen wäre, ist dies der Königsweg hin zur Privatisierung ganzer Bereiche des öffentlichen Dienstes, zum Nachteil ihrer Zugänglichkeit für die Bürger.

Reden wir doch mal über die angebliche Effizienz der Privatwirtschaft: Privatwirtschaftliches Handeln führt zur Diskriminierung von Patienten, die die geforderten Beträge nicht zahlen können. Das Beispiel der unzugänglichen Gesundheitsversorgung in den USA spricht in dieser Hinsicht für sich. Damit kommen wir zu einem weiteren wichtigen Aspekt der Effizienz der öffentlichen Dienste: Ihre Wirksamkeit wird auch an der Gleichbehandlung und der Zugänglichkeit zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen gemessen. Für die IRW-CGSP ist es eine soziale Effizienz und eine Umverteilung, die angestrebt werden muss.

Die Vorschläge der UWE sind alte Rezepte, die schon so oft ihre Unwirksamkeit bewiesen und katastrophale Folgen hervorgebracht haben: Kürzung der öffentlichen Ausgaben und des Personals, Privatisierung und Auslagerung von Aufgaben, Zerschlagung des Statuts des öffentlichen Dienstes, prekäre Arbeitsbedingungen usw. Soll die UWE doch hingehen und den Opfern der Flutkatastrophe, den an Covid Erkrankten oder den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Gesundheitswesen den Nutzen von Haushaltskürzungen erläutern.

EINE VERNICHTENDE ANTWORT SEITENS DER GEWERKSCHAFTEN

Die gewerkschaftliche Reaktion ließ nicht lange auf sich warten, sie kam gemeinsam von der wallonischen FGTB und der IRW-CGSP und bemühte die Fabel vom Frosch und dem Skorpion².

"Gesundheits-, Klima- und Energiekrise, wachsende Verschuldung... In einer Zeit, in der wir mit diesen Notsituationen konfrontiert sind und das Konjunkturprogramm alle Energien freisetzen sollte, hat die UWE angeblich die Wunderlösung gefunden: weniger öffentlicher Dienst und mehr Platz für die Privatwirtschaft.

Ein Zeichen der Verblendung zu einem Zeitpunkt, in der die ganze Welt mit Schrecken die Konsequenzen der privaten Verwaltung der Energiewirtschaft zur Kenntnis nimmt. Wie der Skorpion, der seinen Stachel in den Rücken des Frosches stößt, der ihm über den Fluss hilft, scheint das tiefere Wesen eines Arbeitgeberverbandes nur auf ein einziges Ziel ausgerichtet zu sein: Profit um jeden Preis. Selbst auf die Gefahr hin, dass die Welt und unsere Demokratien dabei in Flammen aufgehen...".

^{2.} Hier abrufbar: https://irw-cgsp.prezly.com/uwe-vs-services-publics--le-scorpion-et-la-grenouille, 5. Oktober 2022.

SEXISMUS *******

SEXISMUS IST NICHT WITZIG!

Sexismus ist eine historische Sache. Trotz des gesellschaftlichen Wandels ist er immer noch stark vertreten.

Er gestaltet die Stellung der Frau im privaten wie im beruflichen Leben. Sexismus schafft Ungleichheit, Gewalt und Minderwertigkeitsgefühle bei Frauen und all jenen, die nicht den Geschlechterstereotypen entsprechen.

Es scheint erforderlich und nahezu unerlässlich zu sein, immer und immer wieder an der Abschaffung von Sexismus arbeiten zu müssen. Aus diesem Grund startet die Vereinigung für Erwachsenenbildung Promotion et Culture in Zusammenarbeit mit der FGTB Lüttich-Huy-Waremme eine Informationsund Sensibilisierungskampagne über Sexismus am Arbeitsplatz.

um den Erhalt des Arbeitsplatzes und drohende Prekarität geht, noch verschärft.

bahn- oder Gehaltsentwicklung oder wenn es einfach

Die Banalisierung von Sexismus am Arbeitsplatz äußert sich vor allem in Bemerkungen und "Witzen", Kommentaren über das Aussehen oder die Kleidung oder die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ...

icht
Diese Kampagne basiert auf
den Ergebnissen einer Umfrage
unter 80 Delegierten der
FGTB Lüttich-Huy-Waremme,
auf deren Grundlage Instruich mente entwickelt wurden, die
es den Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmern ermöglichen, zu
reagieren.

Ich schreite ein Ich erstatte Bericht
Ich wappne mich Ich erkundige mich

Die Wahl fiel nicht zufällig auf den Arbeitsplatz. Er gilt - im Gegensatz zum Privatleben - als öffentlicher Raum und ist ein Ort, an dem soziale Kompetenzen zum Tragen kommen und Dominanzverhältnisse geschaffen und reproduziert werden. Manchmal werden letztere sogar im Rahmen eines Vertragsverhältnisses, der LaufDer theoretische Ansatz und die Ergebnisse der Umfrage wurden in einer informativen Broschüre zur Kenntnisnahme aufbereitet. Abtrennbare Postkarten und Poster ermöglichen eine Sensibilisierung am Arbeitsplatz.

Das gesamte Material sowie zusätzliche Ressourcen sind verfügbar unter: www.cestsexiste.be

Chut, laisse-mai texpliquer...
Comment tu vas ma jolie?

COMMENT LUTTER CONTRE
LE SEXISME ORDINAIRE
AU TRAVAL!

Refrages fear quite sur www.cestsexiste.be

Promotion & Culture

1. Es kommt sehr häufig vor, dass Frauen Aufgaben zugeteilt bekommen, die den sozialen Geschlechterrollen entsprechen, wie z. B. Aufgaben in Verbindung mit Betreuung, Zuhören, Achtsamkeit, bei denen sich Frauen oft im Dienst der Männer wiederfinden. Dies kann dazu führen, dass Frauen in untergeordneten Positionen stecken bleiben (das nennt man einen klebrigen Boden) und ihnen der Zugang zu Führungspositionen erschwert wird (hier spricht man dann von einer gläsernen Decke), wodurch das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern verstärkt wird.

der Delegierten wurden bei ihrem Einstellungsgespräch zu ihrer Familiensituation befragt.

37%††††††††††††††††

der Delegierten bestätigen, dass in ihrem Unternehmen ein Unterschied zwischen "Männerarbeit" und "Frauenarbeit" gemacht wird.

PENSIONEN *******

"ICH BIN 37 JAHRE ALT UND MUSS IN RENTE GEHEN, ABER ICH WILL IMMER NOCH ARBEITEN".

Fake News oder echte Nachrichten?

Am 20. Oktober gab die Nachrichtenseite 7/7 einen Artikel von HLN mit dem Titel "Ich bin 37 Jahre alt und muss in Rente gehen, aber ich will immer noch arbeiten" weiter¹. Viel Desinformation, wenig Wahres!

Auf den ersten Blick schien dieser Artikel seriös zu sein, Beiträge von Ministern und Abgeordneten standen neben einer Reihe von Zahlen und Daten, das Ganze wurde ergänzt durch Analysen des Systems der Verrentung aus krankheitsbedingten Gründen. Doch schon nach wenigen Zeilen wird klar, dass dieser "Artikel" in Journalistenschulen als ein Beispiel für Fake News genutzt werden könnte! Tatsächlich ist dieser Text eine Vermischung aus Falschinformationen, vorgefassten Meinungen und Informationen, die vom Leser nicht auf ihre Richtigkeit überprüft werden können.

Um ihren Aussagen mehr Nachdruck zu verleihen, "wirft" der/die Autor (in) dieses Beitrags einfach mit Zahlen um sich, die durch keine Quelle belegt sind, wodurch eine Überprüfung durch einen kritischen Leser unmöglich gemacht wird. Daher begibt sich die CGSP, getreu ihrem Auftrag, hier auf der Suche nach der Wahrheit!

DIE CGSP HILFT IHNEN, DIESEN ARTIKEL ZU LESEN

Haben unsere politischen Entscheidungsträger ein Problem mit Zahlen oder mit dem Gedächtnis?

In dem betreffenden Artikel behauptet nämlich die Rentenministerin höchstpersönlich, dass "im Jahr 2021 nicht weniger als 2 916 Beamte in die krankheitsbedingte Frühpension gedrängt wurden, ein Rekord in den letzten fünf Jahren".

Wenn man jedoch die Zahlen des Föderalen Pensionsdienstes liest, die auf seiner Website (wir zitieren unsere Quellen!) verfügbar sind, stellt man fest, dass die Statistiken für 2021 noch nicht bekannt sind, was Zweifel an den vorgelegten Zahlen aufkommen lässt.

Jahr	-		2019	2020	2021
Pension aus Krankheit- sgründen	2929	3036	2710	1784	2916
Pensionierung von Amts wegen (365 Krankheitstage nach dem 63. Lebensjahr)	+ 81	+ 48	+ 26	+ 18	+ ?
Gesamt	3010	3084	2736	1802	2916

In dem Artikel wird außerdem behauptet: "87 461 Beamte unter 65 Jahren leben von einer Krankenrente, und das kostet den belgischen Staat jedes Jahr 180 Millionen Euro". Wenn man diesen Zahlen Glauben schenkt, würde dies einen durchschnittlichen Betrag von 172 € pro Monat zum Leben bedeuten... pro Beamten mit krankheitsbedingter Rente... Auch hier sind die vorlegten Zahlen fragwürdig!

DIE CGSP HINTERFRAGT DIE ZAHLEN!

Die für den Föderalen Öffentlichen Dienst zuständige Ministerin behauptet: "Junge Menschen, die krankgeschrieben sind, laufen Gefahr, in die Armut abzurutschen. Außerdem verringert die krankheitsbedingte Verrentung die Chancen auf dem Arbeitsmarkte, was ebenfalls ein echtes Problem darstellt".

Muss die Ministerin daran erinnert werden, dass seit dem 1. Oktober 2022 eine Reform des Wiedereingliederungsparcours durchgeführt wird und dass dies nur zustande kam, weil sie einen Königlichen Erlass unterzeichnet hat? Für den Leser, der das Thema vertiefen möchte: Es handelt sich um den KE vom 21. August 2022, der im Staatsblatt vom 1. September veröffentlicht wurde. Die CGSP tut sich schwer, die Aussagen der Ministerin zu verstehen...

Weiter im Text! Im selben Artikel heißt es auch: "Beamte sammeln Krankheitstage entsprechend ihrem Dienstalter, höchstens jedoch 666 Tage". Es wäre sinnvoll gewesen, darauf hinzuweisen, dass diese Aussage nur für die Flämische Gemeinschaft gilt. Deshalb sollte man seine Quellen immer überprüfen!

Wir könnten nachweisen, dass die Behauptungen und das Zahlenmaterial falsch sind oder zumindest falsch interpretiert wurden, aber dafür würden wir die Gesamtheit der in der Ausgabe verfügbaren Seiten benötigen...

EXPERTEN?

Wir schließen einfach mit der Aussage: "Experten sind der Meinung, dass das Vorruhestandsystem abgeschafft werden könnte".

Aber wer sind diese berühmten Experten? Sie werden nie zitiert...

Abschließend sei gesagt, dass die CGSP dem/den Journalisten, der/die diesen Artikel geschrieben hat/haben (sowie den politischen Mandatsträgern) zur Verfügung steht, damit die Argumente miteinander verglichen werden können. Auf jeden Fall wird die CGSP immer zur Stelle sein, wenn es darum geht, Falschinformationen aufzudecken.

^{1.} https://www.7sur7.be/belgique/j-ai-37-ans-et-je-dois-prendre-ma-retraite-mais-je-veux-toujours-travailler~ae20ea8b/

^{2.} Hier geht es um die Quellen zu den vorgelegten Zahlen und nicht um eine Verletzung des journalistischen Quellengeheimnisses.

^{3.} https://www.pdos-sdpsp.fgov.be/apps/statistics/fr/search

IRW-KONFERENZ

IM " GRÜNEN KAPITALISMUS" IST NICHT DIE FARBE DAS PROBLEM

Am 13. Oktober empfing die wallonische Interregionale der CGSP in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift Politique und der Cité Miroir die französische ökosozialistische Aktivistin Corinne Morel Darleux, um sich über ihren Essay "Plutôt couler en beauté que flotter sans grâce - Réflexions sur l'effondrement" (Lieber in Schönheit untergehen als ohne Anmut zu treiben - Überlegungen zum Zusammenbruch) auszutauschen.

(Libertalia Verlag, 2019, 15. bisherige Auflagen von über 30.000 Exemplaren).

VON DER PARTEIPOLITIK ZUM MILITANTEN SCHREIBEN

Corinne Morel Darleux war zunächst als Beraterin für große Unternehmen der französischen Börse CAC40 tätig, bevor sie sich politisch engagierte, um insbesondere die Notwendigkeit einer ökologischen Radikalität zu verteidigen. Sie war 2009 gemeinsam mit Jean-Luc Mélenchon Mitbegründerin der Parti de gauche, überwachte die ökosozialistische Bewegung und koordinierte 2012 das Manifest für den Ökosozialismus, das in 14 Sprachen übersetzt wurde. Von 2010 bis 2021 war sie außerdem gewählte Regionalrätin in der Region Auvergne-Rhône-Alpes.

Seit 2018 hat sie jegliche Parteimitgliedschaft abgelegt, da sie der Meinung ist, dass die ökologische Bedrohungslage voraussetzt, offen zu sein für alles, was die Gesellschaft tagtäglich an Kämpfen hervorbringt. Heute widmet sie sich dem Schreiben von Kolumnen für verschiedene Öko-Magazine. Außerdem veröffentlicht sie Romane (u. a. La sauvagière, erschienen in diesem Jahr, oder Le gang des chevreuils rususés in der Jugendliteratur).

In diesen fiktiven Geschichten erinnert uns Corinne Morel Darleux daran, dass Literatur zwar ein Mittel zur Flucht aus dem Alltag darstellt und Vergnügen bringt, aber auch ein großartiges Instrument zur Reflexion und Emanzipation ist. Denn um eine gerechtere und solidarischere Welt aufzubauen, muss man zunächst in der Lage sein, das Schöne zu sehen und sich diese erträumte Welt vorstellen zu können. Dies ist die grundlegende Rolle von Fiktion, sei es nun in der Literatur, im Film oder in der Malerei...

AN ZWEI FRONTEN KÄMPFEN

Corinne Morel Darleux setzt sich dafür ein, dass das Gebot der sozialen Gerechtigkeit und die ökologische Katastrophe, im heutigen Wirtschaftssystem verursacht durch Klimawandel, Umweltverschmutzung und die Zerstörung der biologischen Vielfalt, gemeinsam in ein und demselben Projekt Berücksichtigung finden. Aus diesem Grund war



sie bei uns zu Gast, um darüber zu sprechen, dass "im grünen Kapitalismus nicht die Farbe das Problem ist".

Soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille, die das kapitalistische Wirtschaftssystem unerbittlich zerstört. Es gibt keine Hierarchie zwischen Ökologie und Sozialem, auch wenn die Linke manchmal meint, zuerst die soziale Notlage behandeln zu müssen. Denn bei sozialer Ausbeutung und Umweltausbeutung sind dieselben Kräfte am Werk: der Kapitalismus und seine Fähigkeit, Gewinne zu erwirtschaften, indem er gleichzeitig Schäden verursacht und sich dann anmaßt, diese zu beheben. Die Antwort sollte daher eine gemeinsame sein: Fragen der Genügsamkeit sind untrennbar mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit verbunden, beide müssen zeitgleich betrachtet werden.

VON DER WÜRDE DER GEGENWART

Corinne Morel Darleux, die radikale Kritik am gewinnorientierten System der Verengung des politischen Denkens übt, verteidigt den Aufruf, nicht noch mehr Schaden anzurichten, und setzt sich ein für eine Würde der Gegenwart. Sie rehabilitiert die Gegenwart nicht als Notlösung, mit der man sich in Ermangelung anderer Dinge zufriedengeben sollte, sondern als erste und einzige Wahl.

Im linken Lager gibt es diejenigen, die der Gegenwart wenig Beachtung schenken und zwischen einer Vergangenheit, die man abschütteln sollte, und der Aussicht auf ein besseres Morgen schwanken. Es gibt aber auch diejenigen, die dadurch, dass sie sich für die Gegenwart entscheiden, durch den Pragmatismus der Entsagung eingeengt werden, ohne das Modell ändern zu wollen, sondern bestenfalls versuchen, seine Auswirkungen abzumildern. Die Schwierigkeit besteht hier darin, eine kollektives und mobilisierendes Narrativ wieder aufleben zu lassen.

Corinne Morel Darleux geht aus eigener Erfahrung und der vieler Aktivisten von der Feststellung aus, dass viele Anliegen, für die man sich engagiert, von vornherein verloren zu sein scheinen, und dass Siege mit fortschreitender Zeit immer hypothetischer werden. Um nicht aufzugeben, sollte man sich daran erinnern, dass jeder, der sich engagiert, nie sicher sein kann, am Ende zu gewinnen. Man engagiert sich, weil der Kampf zu einem bestimmten Zeitpunkt richtig erscheint. Wenn man kämpft, dann für diese Würde der Gegenwart, auch wenn der Sieg ungewiss ist. Dieser Beweggrund für ein Engagement, den Corinne Morel Darleux beleuchtet, geht einher mit einem hohen Stellenwert für Gefühle und Emotionen als Triebfeder unseres Handelns.

Engagement und Mobilisierung, Hoffnung und Motivation: All das sind Begriffe, die uns den Mut geben sollen, weiterzukämpfen, um die Welt zu verändern. In diesem Sinne verzaubern dieses Buch und die daraus resultierende Diskussion das Handeln neu, indem sie Gramscis Aufruf widerhallen lassen, "den Pessimismus der Vernunft durch den Optimismus des Willens" auszugleichen.

WELCHES KRÄFTEVERHÄLTNIS?

Auch die Art des aktuellen Kräfteverhältnisses wurde mit Interesse diskutiert. Corinne Morel Darleux ist der Ansicht, dass es sich in den letzten Jahren stark verändert hat. Früher beruhte es stark auf der Kultur der großen Zahlen: So zahlreich wie möglich am selben Ort mit denselben Parolen und Forderungen auftreten, um auf die politischen und



wirtschaftlichen Entscheidungsträger Einfluss nehmen zu können. Diese Kultur der großen Zahlen kollidiert mit einem Wandel des Kapitalismus hin zu einer noch neoliberaleren Ära, in der die Vertreter von Staaten und Regierungen immer stärker mit der Wirtschaftsmacht verflochten und taub für diese Art von sozialen Bewegungen sind.

Sie ist der Meinung, dass wir uns im Rahmen neuer Netzwerke und Formen des Aktivismus, die autonomer und

libertärer sind, auf eine Art "politische Akupunktur" zubewegen, bei der an vielen verschiedenen verzweigten Stellen und nicht zwangsläufig zeitgleich Druck ausgeübt wird.

Gleichzeitig können Aktionen weniger in Form von Forderungen umgesetzt werden, sondern eher als performative Aktionen, die niemanden konkret zum Handeln auffordern, sondern ihre eigene Verwirklichungskraft in sich tragen. Das Pflanzen eines Obstbaums ist in dieser Hinsicht eine performative Handlung, weil man dadurch bereits die Welt um sich herum verändert (Kühlung, Biodiversität, Ernte...).

Schließlich stellt sich die entscheidende Frage nach den Bündnissen. Corinne

Morel Darleux schlägt vor, die "kontinentale" Sichtweise zu überwinden, die darin besteht, alle auf demselben Kontinent der Forderungen und Aktionen zu platzieren, obwohl die politischen Kulturen, die Existenzbedingungen und das Risiko einer Inhaftierung, nicht unbedingt identisch sind. Sie befürwortet vielmehr die Bildung von Widerstandsinseln in Form von Archipelen, wo jede Insel das Recht behält, ihre eigenen Aktions- und Ausdrucksformen zu nutzen, und alle Inseln sich zumindest um eine gemeinsame Strategie und ein gemeinsames Ziel herum gruppieren.

"Mehrere Schläge, die gleichzeitig an gezielten Stellen ausgeführt werden, können sich als wirksamer erweisen, doch einzelne Inseln können ohne Absprache und kollektives Bewusstsein kein Archipel bilden". (Corinne Morel Darleux, 2019)



KULTUR ===

KÜNSTLERSTATUT?



Auch wenn es wichtiger denn je ist, das System der Sozialversicherung an die Besonderheiten des Kultursektors anzupassen, wo eine Mehrheit von Berufen von zeitweiligen Lohnunterbrechungen gekennzeichnet ist, können wir uns mit der vorgeschlagenen Reform nicht zufriedengeben und haben seit dem Beginn des Gesetzgebungsverfahrens auf die Risiken von Fehlentwicklungen hingewiesen. Als Gewerkschaftsorganisation sind wir bestrebt, die im Kultursektor Beschäftigten über die neuen Bestimmungen zu informieren, die nach und nach eingeführt werden.

Der erste Grund zur Sorge ist, dass die Reform in ihrer umgesetzten Form zu Unsicherheiten führt. Denn indem die Regierung die Regeln zur Arbeitslosigkeit änderte, noch bevor die neue "Kunstkommission" eingerichtet wurde, hat sie den Karren vor den Ochsen gespannt.

So werden seit dem 1.Oktober und dem Inkrafttreten des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 2022 über die Bestimmungen zur Arbeitslosigkeit diejenigen Personen, die bereits das "Künstlerstatut" haben, automatisch als Inhaber der (zukünftigen) Bescheinigung für Arbeit im Kunstsektor betrachtet, und zwar für eine Dauer von fünf Jahren.

Alle anderen müssen sich an die alten Regeln halten, und zwar so lange, bis die neue "Kunstkommission" tatsächlich eingesetzt wird. Können Sie noch folgen?

Aber: Das Gesetz zur Schaffung dieser neuen Kommission ist noch nicht verabschiedet worden. Normalerweise ist die Abstimmung noch vor Ende dieses Jahres vorgesehen. Die neue Kommission wird jedoch erst ZWEI Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes tatsächlich eingesetzt. Sind Sie noch dabei?

Bis dahin werden die im Kunstsektor Beschäftigten mit Übergangsregeln und der Anwendung unterschiedlicher Systeme leben müssen, was eine für sie unübersichtliche Situation schaffen wird. Glücklicherweise können sie sich auf die CGSP verlassen, wenn es darum geht, angemessen informiert zu werden und ihre Rechte geltend zu machen. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass diese Reform das Resultat eines politischen Umdenkens ist, das sich während der Gesundheitskrise offenbart hat. Es ist hingegen interessant, dass die Energiekrise nicht die gleichen Auswirkungen hat.

Und ja, kurz vor Einbruch des Winters hatte die Föderalregierung die glorreiche Idee, den Einsatz von "Flexi-Jobs" in den technischen und administrativen Berufen des Kultursektors, der bereits von der den zeitweiligen Lohnunterbrechungen angepassten Sozialversicherung ausgenommen ist, zu ermöglichen. Diese Entscheidung hat bei uns für völliges Unverständnis gesorgt, zumal dieselbe Regierung mit ihrer Reform das Schicksal des Kultursektors eigentlich verbessern wollte.

Und ja, wenn die Regierung vor Einbruch des Winters ihrer Verantwortung nicht wirklich nachkommt, wird die Energiekrise einige kulturelle Einrichtungen dazu zwingen, ihre Türen zu schließen, wenn die Temperaturen zu stark fallen. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, dass die Behörden alles daransetzen, solche Schließungen zu verhindern, damit die Kontinuität staatlicher Kulturdienste so gut wie möglich gewährleistet ist.

Schließlich wissen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht, wie die Freischaffenden des Kultursektors im Rahmen der Rentenreform in Belgien demnächst (miss-) behandelt werden...

Wie Sie sehen, werden wir kurz-, mittel- und langfristig wachsam bleiben müssen, damit die Mindestbedingungen für ein menschenwürdiges Leben für alle Beschäftigten des Kultursektors verteidigt werden können.

Alle nützlichen Informationen hierzu finden Sie auf www. irwcgspculture.be

^{1.} Wir fordern Sie auf, die im Dezember 2021 und September 2022 in der *Tribune* erschienenen Artikel (erneut) zu lesen.

DIE WORTE, UM ES ZU AUSZUDRÜCKEN

DIE LOHNMARGE

Ein Gesetz aus dem Jahr 1996 hat das Konzept der Lohnmarge bekräftigt und die Grenzen festgelegt, innerhalb derer unsere Löhne und Gehälter steigen können. Was zunächst als Richtwert galt, wurde im Jahr 2017unter der Regierung Michel verbindlich. Die Lohnmarge ist zum Symbol einer Festung geworden, die von den einen eingenommen und von den anderen verteidigt werden muss. Heute ist sie negativ, und der Platz wirkt wie leergefegt!

Der Kaiser ist nackt! Die Festung leert sich mehr und mehr. Aus den Gesetzen zur Wettbewerbsfähigkeit von 1996 und 2017 sind Kartenhäuser geworden. Der üble Wind der Sparmaßnahmen und der unheilvolle Atem der Inflation zeigen, wie hin- und anfällig diese Konstrukte waren. Zwischen 1996 und 2017 ist die Lohnmasse in unserem Land um 98 % gestiegen, die Bruttogewinne der Unternehmen um 151 % und die Dividenden um 216 %. Dieses

Ungleichgewicht bleibt dank dieses Gesetzes erhalten. Denn die Energiekosten fallen in der Waagschale viel stärker ins Gewicht als die Spielräume, die Löhne und Gehälter zur "Wahrung" der Wettbewerbsfähigkeit haben. Ferner war unsere Empörung groß, als die Negativmarge für die Arbeitnehmer und Rekordgewinne für die Bel20-Unternehmen in ein und derselben Woche bekannt gegeben wurden.

Übrigens wurde derselbe Begriff "Marge" verwendet. Für die Arbeitnehmer ist die Lohnmarge (berechnet als Verhältniszahl, abhängig von der Lohnentwicklung in unseren drei Nachbarländern) gleich null oder sogar negativ. Für die Unternehmer ist die Gewinnmarge (Verhältniszahl ausgedrückt als Prozentsatz des Umsatzes) so hoch wie nie zuvor!

man ihre Forderungen; schlimmer noch, man verschleiert, dass sie die einzigen Produzenten des Reichtums sind!

BETRUG

Arbeitnehmer als Randpersonen betrachtet, diskreditiert

Die Gesetze von 1996 und 2017 sind ein Betrug. Wegen des zwingenden Charakters der Lohnnorm ist es den Branchen

unmöglich, entsprechend ihrer wirtschaftlichen Realität über eine Lohnerhöhung zu verhandeln, die von der branchenübergreifenden Norm abweicht. Wir sind jedes Mal die Verlierer!

So sind die Margen ohne Indexierung systematisch niedriger als die Produktivitätssteigerungen. Tatsächlich ist die Produktivität eines belgischen Arbeitnehmers um 11 % höher als die eines französischen, um 13 % höher als die eines niederländischen und um 18 % höher als die eines deutschen Arbeitnehmers (OECD). Gleichzeitig hat unsere Regierung bereits allen Unternehmen für die ersten beiden Quartale des Jahres 2023 eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge um 7,07 % zugestanden. Weder der Produktivitätsanstieg noch diese Beitragsermäßigungen wurden

bei der Berechnung des sogenannten "Lohnnachteils" gegenüber unseren Nachbarländern berücksichtigt . Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen, das Kartenhaus bricht zusammen!



FGTB

MARGINAL!

Was wird dadurch zum Ausdruck gebracht? Der Begriff "Marge" bezeichnet das, was "marginal" ist, was sich am Rand befindet, was nicht wesentlich oder nicht wichtig ist. Außen vor! Wenn man Produktionsverhältnisse als "Randeffekte" darstellt, die mal nach unten und mal nach oben schwanken, versucht man den Eindruck zu erwecken, dies sei nur konjunkturell bedingt und dass es zweifellos beim nächsten Mal umgekehrt sein wird! Aber es ist nie umgekehrt!

Wie man sieht, geht es darum, die Löhne und Gehälter in den Hintergrund zu drängen, sie zu einer Anpassungsvariablen zu machen. Wenn aber die Marge das ist, was übrigbleibt, ein Rest also, dann wird alles Restliche unsichtbar gemacht. Auf diese Weise ist der Erhalt der Gewinnsätze dank Lohnmäßigung gesichert, und die für die Produktion charakteristischen Ausbeutungsverhältnisse neigen dazu verschleiert zu werden. Indem man die

DIE LEERE FESTUNG

Deshalb sollte die Marge das bleiben, was "außerhalb der Norm" liegt. Eine rote Linie vielleicht, aber ein Hinweis, eine Handlungsmöglichkeit.

Da die Arbeitnehmer die einzigen Produzenten von Reichtum sind, ist es ein Fehler, a priori für eine Verschiebung der Marge zu kämpfen, sprich für eine bessere Verteilung des Reichtums. Das ist eine leere Festung! Im eigentlichen Kampf geht es um die Definition von Reichtum, um seinen Wert und seine Kontrolle durch die Arbeitnehmer.

DUPRET, Xavier, Le retour de l'inflation. Entre revendications salariales et surprofits des grandes entreprises, (Die Rückkehr der Inflation. Zwischen Lohnforderungen und Übergewinnen der Großunternehmen), Dezember 2021, https://www.acjj. be/wp-content/uploads/2021/12/210907infla4.pdf

^{2.} https://www.fgtb.be/la-loi-doit-changer

KULTUR **BBB**

EIN BUCH ALS GESCHENKIDEE





CHIEN 51

Mit Chien 51 legt Laurent Gaudé einen spannenden Science-Fiction-Krimi vor, der eine potenzielle Zukunft aufzeigt, die erschreckend und leider gar nicht so weit entfernt von der Gegenwart ist. Chien 51 erzählt die Geschichte von Zem Sparak, einem degradierten Polizisten, der in Zone 3, der ärmsten Zone der Stadt Magnapole, regiert von dem

privaten Konsortium namens GoldTex, seinen Dienst verrichtet.

Das in Zonen unterteilte Magnapolis ist eine vollständig privatisierte Stadt, in der Gewalt, Zynismus und Ungleichheit herrschen.

Nachdem eine Leiche aus Zone 2 in einem Brachland in Zone 3 gefunden wurde, sieht sich Zem gezwungen, mit einer jungen und talentierten Inspektorin aus Zone 2 zusammenzuarbeiten.

Im Laufe des Buches entdeckt der Leser, dass Zem von seiner Jugend verfolgt wird, einer Zeit als die Revolte ihn mit Hoffnung erfüllte und er Liebe und Verrat erlebte, bevor er Athen endgültig verlassen musste. Zem ist ein geschundener Mann, der ohne Hoffnung auf Rückkehr ins Exil geschickt wurde.

Das in einem wunderschönen Schreibstil verfassten Chien 51 ist der erste Kriminalroman von Laurent Gaudé. Er konfrontiert uns mit den Bedrohungen einer privatisierten Welt, in der multinationale Konzerne darum kämpfen, verschuldete Staaten aufzukaufen und sie unter Missachtung der Menschheit und ihrer Umwelt in gigantische privatisierte Unternehmen umzuwandeln. Er erinnert uns aber auch an die Bedeutung des kollektiven Kampfes, der Erinnerung und der Weitergabe.

Laurent Gaudé ist Romancier, Novellist und Dramatiker. Er gewann den Prix Goncourt.

Actes Sud, August 2022, 304 Seiten.



LES FLEURS DE LA GUÉRILLA

Auf der Grundlage der Gespräche zwischen einem Journalisten und einem Comiczeichner, die sich um ein Treffen mit Pepe Mujica bemühen, taucht diese Graphic Novel in die tausend Leben dieses außergewöhnlichen Mannes ein. Der ehemalige Guerillakämpfer

der Tupamaros machte Bekanntschaft mit den Gefängnissen der Militärjunta und mit Folter, bevor er von 2010 bis 2015 Präsident von Uruguay wurde.

Anhand der Geschichte dieses Mannes, der sich für Blumen und Radrennen begeisterte, führen uns die Autoren in die Geschichte Uruguays des 20. Jahrhunderts ein und wir erfahren etwas über den Mann, der als "ärmster Präsident der Welt" bezeichnet wurde und über die Bilanz seiner Amtszeit.

Das Album endet mit dem Interview, das Pepe Mujica den beiden Autoren schließlich gegeben hat.

Comic des uruguayischen Journalisten **Lorenzo** und des costa-ricanischen Zeichners **LeoTrinidad**

Mai 2022, "Les Arènes", 256 Seiten.



DÉCLIN ET CHUTE DU NÉOLIBÉRALISME

Covid, Inflation, Knappheit: Wie man die Wirtschaft auf neuer Grundlage wieder aufbaut





Dieses Buch untersucht die Veränderungen des Kapitalismus im 20.

Jahrhundert und erklärt dabei die Entstehung und den Niedergang des neoliberalen Denkens im Nachgang der Krise von 2008. Seit dieser Krise sind die vier Säulen des Neoliberalismus - freier Wettbewerb, Währungsstabilität, soziale Ordnung und freier Handel - sehr geschwächt und die eingesetzten politischen Strategien verlieren ihre Wirksamkeit. Der Umgang mit der Covid-19-Epidemie hat jedoch nicht zu einer grundlegenden Infragestellung der neoliberalen Ideologie geführt. Auf der einen Seite existieren in den Köpfen der Menschen nach wie vor neoliberale Managementmodelle; andererseits weichen aber die Wirtschaftssysteme immer mehr von diesem Modell ab. Dieser Widerspruch muss zwangsläufig irgendwie aufgelöst werden, entweder durch die Erfindung eines erneuerten Neoliberalismus oder durch eine radikale Umgestaltung der Governanceformen.

David Cayla untersucht diese zweite Möglichkeit, indem er versucht, den Regulierungsmechanismus des Nachkriegskapitalismus zu verstehen und aufzuzeigen, dass es schlichtweg nicht möglich ist, den Monetarismus zu überwinden, ohne dabei die Rolle des Staates auszuweiten.

David Cayla ist Wirtschaftswissenschaftler an der Universität von Angers. Zu seinen Schwerpunkten gehören die europäische Wirtschaft und die Geschichte des wirtschaftlichen Denkens. Als Verfechter einer heterodoxen Ökonomie, die offen ist für andere Sozialwissenschaften, ist er Mitglied des Kollektivs "Économistes atterrés".

De Boeck supérieur, Oktober 2022, 288 Seiten

COMMENCER À VIVRE HUMRINEMENT

COMMENCER À VIVRE HUMAINEMENT



"Geduld und Mut! Wir werden große Dinge erleben und sehen. Jetzt sehen wir erst einmal, wie die alte Welt untergeht".

Dies sind die Worte einer berühmten deutschen Revolutionärin, die, was weni-

ger bekannt ist, auch eine unermüdliche Briefschreiberin war, nicht zuletzt wegen ihrer zahlreichen Gefängnisaufenthalte, während denen sie an ihre Freunde schrieb. Rosa Luxemburg (1871-1919), die in Polen geboren wurde und später die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt, war drei Jahrzehnte lang in der internationalen sozialistischen Bewegung aktiv und Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands, kurz bevor sie von Paramilitärs ermordet wurde. Sie wurde mehrfach inhaftiert, unter anderem wegen ihrer Opposition zum Ersten Weltkrieg, und analysierte die gesellschaftlichen Entwicklungen von ihrer Zelle aus, munterte ihre Freundinnen auf und hielt "Ausschau nach jedem Lebensschimmer, jedem Lichtstrahl, jedem Klang". Sie wollte "in vollen Zügen leben" und sie wollte die Gesellschaft so verändern, dass alle Menschen harmonisch darin leben können.

Diese für alle zugängliche Sammlung enthält eine Auswahl von Briefen, in denen Rosa Luxemburg sehr unterschiedliche Themen anspricht, die sowohl ihr revolutionäres Denken und Handeln als auch ihren kontemplativen Geist, der aus der Natur schöpft, zum Ausdruck bringen. Er ist ein wertvolles Zeugnis einer bestimmten Epoche der europäischen politischen Bewegungen zwischen 1895 und 1918, als sie sich in Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Polen oder Russland aufhielt... und sich bemühte, die Sprache der Länder zu erlernen, in denen sich Aufstände abzeichneten, so dass sie die Presse aus erster Hand lesen konnte.

Rosa Luxemburg ist eine berühmte revolutionäre Aktivistin und Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Julien Chuzeville ist ein Historiker für soziale Bewegungen.

Briefe von Rosa Luxemburg, präsentiert und kommentiert von Julien Chuzeville.

Libertalia Verlag, Januar 2022, 144 Seiten.



LES FEMMES DU LIEN

Diese dokumentarische und mit Comicteilen vermischte Fotoreportage trägt den Untertitel "La vraie vie des travailleuses essentielles" (Das wahre Leben der essenziellen Arbeiternehmerinnen) und stammt aus der Feder von Vincent Jarousseau. Halb Umfrage, halb Erleb-

nisbericht, handelt diese chorische Erzählung von den "Verbindungsfrauen", die in Pflegeberufen arbeiten oder personenbezogene Dienstleistungen erbringen.

Valérie ist Sozial- und Familieninterventionsarbeiterin; Marie-Basile ist Haushaltshilfe; Angelique ist Kindergartenhelferin; Marie-Claude ist Pflegehelferin; Rachel ist Bildungs- und Sozialbegleiterin; Julie ist Sonderpädagogin; Séverine ist Sozialarbeiterin; Marie-Ève ist Familienhelferin. Es sind acht von den drei Millionen "essenziellen" Arbeitnehmerinnen, die während der Gesundheitskrise ins Rampenlicht gerückt sind. Vincent Jarousseau hat zwei Jahre lang an ihrer Seite gearbeitet. Hier gibt ihre Aussagen wieder, um über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu berichten, die Komplexität und Vielfalt ihrer Erfahrungen erkennbar zu machen und um aus der Perspektive derjenigen zu schreiben, die in unseren Gesellschaften Verbindungen erschaffen. Er würdigt sie ohne jeglichen Voyeurismus und ohne in Schwarzmalerei oder Gutmenschentum abzugleiten.

Vincent Jarousseau ist Fotograf und Dokumentarfilmer. Illustriert von Thierry Chavant.

Verlag Les Arènes, September 2022, 222 Seiten

















Die öffentlichen Dienste sind Euch näher denn je







